

Legalisierung, Regulierung & Prävention statt Kriminalisierung & Schwarzmarkt bei Cannabis



Seit vielen Jahren und weltweit werden Debatten über das Scheitern der prohibitiven Drogenpolitik bzw. über notwendige neue Ansätze und Wege geführt. 2011 erklärte die „Global Commission on Drug policy“ den „War on Drugs“ für umfassend gescheitert.¹ Im September 2014 hat eine internationale Gruppe um den ehemaligen UNO-Generalsekretär Kofi Annan - darunter der ehemalige EU-Außenbeauftragte Javier Solana und ehemalige Außenminister und Staatschefs der USA, Brasiliens, Griechenlands, Mexikos und Portugals - in einem über die UNO veröffentlichten Appell eine dringende Liberalisierung der Drogenpolitik gefordert, bei der *„im Sinne der Menschlichkeit im Kampf gegen Rauschgift die Gesundheit, statt Strafverfolgung im Mittelpunkt“* steht.² Statt Kriminalisierung von Konsumierenden und weiteren Erstarben der Drogenkartelle seien Gesundheitsschutz und Marktkontrolle dringend nötig.

Eine ganze Reihe von Staaten hat sich bereits von der erfolglosen Prohibitions- und Kriminalisierungspolitik abgewendet, so z.B. die Niederlande, Portugal, Tschechien, Belgien, Spanien, Uruguay, Chile, Israel, Bolivien und über 20 Bundesstaaten der USA, in denen Cannabis oder Opiate zum medizinischen, kommerziellen oder privatem Gebrauch gekauft, angebaut, besessen oder konsumiert werden dürfen. Im Zentrum des Liberalisierungsansatzes stehen der gesundheitlich-medizinische Nutzen, die Verminderung von Repressionskosten und Verbraucherrisiken zugunsten von Verbraucherschutz und Aufklärung, sowie zunehmend auch Argumente staatlicher Marktkontrolle und Einnahmenvorteile.³ Eine Studie für die Friedrich-Ebert Stiftung von Juni 2013 kommt zu dem Schluss: *„Wir müssen nicht länger glauben und hoffen, wir wissen, dass die*

¹ Global Commission on Drug policy: <http://www.gcdpsummary2014.com/>

² <http://www.spiegel.de/politik/ausland/liberalere-drogenpolitik-ex-staatschefs-veroeffentlichen-appell-an-uno-a-990545.html>

³ So spricht der SPIEGEL im Zusammenhang mit der gerade erst begonnen Legalisierung in den USA von einem „neuen Goldrausch“, einem „Gründerboom“ bzw. „Milliardengeschäft“ bei dem der „Umsatz einfach nur vom organisierten Verbrechen in die öffentliche Hand“ umgeleitet wird, siehe: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/cannabis-in-usa-legalisierung-bringt-milliarden-steuereinnahmen-a-982424.html>

Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten in anderen Ländern keine gravierenden Konsum-/Marktprobleme mit sich bringt und dass unterschiedlichste Formen eines regulierten Marktes für Drogen kontrollierbar sind.“⁴

In einer Aufsehenerregenden Resolution haben sich zuletzt 122 deutsche Strafrechtsprofessoren an den Deutschen Bundestag gewandt, um „an der widersinnigen Rechtslage etwas zu ändern“, die „horrenden Kosten bei der Strafverfolgung in Präventions- und Suchtberatungsprogramme“ umzuwidmen und die „Kriminalisierung weiter Teile der Bevölkerung“ zu beenden.⁵ Die Forderung deutscher Strafrechtsprofessoren nach einer Ausrichtung der Drogenpolitik an „wissenschaftlichen und ideologiefreien“ Kriterien hat sich bislang jedoch ebenso nicht in einer veränderten Gesetzeslage niedergeschlagen, wie die ähnliche Initiative und Argumentation des Vorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter André Schulz, der als Vertreter von 15.000 Kriminalbeamten ebenfalls die komplette Drogenprohibition für gescheitert und dringend bedenkenswert erklärt. Der Staat müsse eine Rolle als Fürsorger statt Bestrafer einnehmen, so Schulz.

Insbesondere in Kassel und Frankfurt wurden intensive Diskussionen um die Zulassung sogenannter „Cannabis Social Clubs“ geführt, wie sie in vielen europäischen Ländern legal, halblegal und illegal zumeist als Interessensgemeinschaft von Konsumierenden zur Deckung des eigenen Bedarf betrieben werden.⁶ Auch wenn in Deutschland und Hessen in den vergangenen Jahren die staatliche Repression leicht abgenommen hat, ist ein neuer Ansatz über Cannabis Social Clubs notwendig. Denn der Erwerb, Besitz und Konsum selbst sogenannter „leichter Drogen“ ist mit doppelten Risiken für die Konsumierenden verbunden. Neben mangelnder Produktsicherheit und Aufklärung werden Strafverfahren wegen Besitz oder Konsum auch kleinerer Mengen höchst unterschiedlich verfolgt: Von Nullkonsequenzen über die Einleitung von Strafverfahren bis hin zum dauerhaften Verlust der Fahrerlaubnis sind die Konsequenzen nicht kalkulierbar. Selbst der erwiesenermaßen hohe Nutzen von Cannabis-Produkten zu medizinischen Zwecken bleibt aufgrund enger gesetzlicher Spielräume im Ergebnis auf einen winzigen Anwenderkreis beschränkt, der sich die zumeist sehr teuren Präparate oft gar nicht leisten kann.

Cannabis sollte

- gesundheitspolitisch und drogenpolitisch präventiv begleitet,
- als Medizin und Genussmittel anerkannt und erhältlich,
- in staatlich reguliertem Anbau und Handel zugelassen,
- und nur im Fall illegalen Handels strafrechtlich geahndet werden.

⁴ HEINO STÖVER UND MAXIMILIAN PLENERT: Entkriminalisierung und Regulierung. Evidenzbasierte Modelle für einen alternativen Umgang mit Drogenhandel und –konsum. Juni 2013, siehe: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/10159.pdf>

⁵ In einem Interview aus Dezember 2013 verweist der Initiator der Petition, Prof. Dr. Lorenz Böllinger, zudem bei Cannabis darauf „dass der Mythos von der Einstiegsdroge frei erfunden ist und die Risiken eher geringer als bei anderen, legalen Drogen sind. Der Blick in Länder wie Holland liefert den praktischen Beweis dafür, dass die Schreckensszenarien, die von den Prohibitionisten für den Fall einer Legalisierung heraufbeschworen werden, schlicht nicht eintreten“, siehe: <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/strafrechtler-petition-bundestag-cannabis/>

⁶ Vgl.: http://de.wikipedia.org/wiki/Cannabis_Social_Club